

Weltrundschau : das Erbe des alten Jahres ; Von Kennedy zu Johnson ; Kuba und Guayana ; Im Fernen Osten ; China - Japan ; Irak - Griechenland ; Unsere Hilfe

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140832>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

diese Funktionen oder die Verwandlung erhöhter Produktion in erhöhten Verbrauch (für die Urproduzenten der unterentwickelten Gebiete d. U.) geht über ihre Fähigkeit. «Um wirklich mit *dem Grundproblem unserer Zeit — internationale Armut — fertig zu werden, muß die FAO die Macht haben, Ernährung und Ackerbau der Welt, die Produktion sowohl wie den Absatz, zu planen*» — ohne diese Möglichkeit, sagt Nyerere, bleibt die FAO eine «Wohltätigkeitsanstalt».

Als solche kann sie, wie Nyerere betont, den unterentwickelten Ländern weiter bei vielen Problemen behilflich sein. Doch um aus Verhältnissen herauszukommen, unter denen die Reichen reicher werden und die Armen arm bleiben, sieht er als einzige Alternative zu einem scheinbar unmöglichen Weltentwicklungsplan nur die Anerkennung der wirtschaftlichen Unterlegenheit von Staaten wie Tanganjika und die bewußte Abschnürung ihres Wirtschaftsgebietes. Ihr innerer Aufbau auf Grund eigener Ressourcen, wie sie der Westen braucht, glaubt Nyerere sei der realistische Ausweg aus der heutigen Misere.

In seinem Schlußwort vergleicht Nyerere die von den unterentwickelten Völkern zu schaffende Wirtschaft mit dem Bau von Flotten. Zuerst baut man Ruderschiffe — dann Küstendampfer und erst zuletzt Hochseeschiffe. Erst wenn ihre Wirtschaft einigermaßen gefestigt ist, können die jungen Staaten es wagen, sie der stürmischen See internationaler Marktwirtschaft auszusetzen.

Es wird ein langer und mühsamer Weg sein — das sieht er ein. Aber er sieht keine andere Möglichkeit für die unterentwickelten Völker, «einen anständigen Lohn für ein anständiges Tagwerk» zu sichern.

Die vorstehende offene Kritik des angesehenen afrikanischen Staatsmannes erhält besonderes Gewicht durch den gegenwärtigen Feldzug der FAO gegen den Hunger und wird von unsern Lesern sicher in ihrer Bedeutung verstanden.

Red.

WELTRUNDSCHAU

Das Erbe des alten Jahres Es war wieder ein bewegtes politisches Jahr, das jetzt zu Ende geht. Gewalttat herrscht nach wie vor überall auf Erden; offene Kriege sind in Südvietnam und Nordafrika geführt worden oder werden weiter geführt. Regierungen sind gestürzt worden oder haben sich umgebildet, nicht nur in Lateinamerika (wo Militärputsche zum normalen Alltag gehören), sondern auch in Vorderasien (Syrien, Israel, Irak, Türkei usw.), in Südvietnam, in Griechenland und Italien, in Westdeutschland und England, nicht zu reden von Afrikas neuen Staaten, die ihr

Gleichgewicht noch lange nicht gefunden haben. In den Vereinigten Staaten ist sogar der Präsident ermordet worden. Arbeitskämpfe und soziale Unrast bedrohen den Bestand der gesellschaftlichen Ordnung in zahlreichen Ländern. Auch in der Katholischen Kirche gärt es; der Wechsel auf dem «Stuhl Petri», den nach einem Reformpapst wieder ein eher konservativer Diplomat innehat, war zugleich ein geistlich-politischer Richtungswechsel. Kurzum, wohin man schaut: Bewegung, ja Aufruhr und Erschütterung, bald Fortschritt, bald Hemmung; hier Aktion, dort Reaktion, aber doch nicht die träge Ruhe beharrender Kräfte, die mit Fafner in Wagners Siegfried sprechen: «Ich habe und besitze, laßt mich schlafen!» Und doch sind drei grundlegende Weltzustände auch heuer gleichgeblieben und werden vom scheidenden Jahr ans neue weitergegeben:

1. *Der Kalte Krieg.* Er hat, als Folge des Schrecks, der die Regierungen und die Völker erfaßt hat, als sie anlässlich der Kubakrise unmittelbar vor einem atomaren Weltkrieg standen, in diesem Jahr etwas gedämpftere Formen angenommen und sogar zu dem vielgepriesenen Moskauer Abkommen über die Einstellung der meisten Kernwaffenversuche geführt. Aber er geht eben doch auf allen Fronten planmäßig weiter und macht noch keine Miene, einer echten Entspannung und friedlichen Koexistenz von «Ost und West» zu weichen. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, was der neue britische Ministerpräsident, damals noch Außenminister als Lord Home, im vergangenen Sommer seinen konservativen Parteifreunden sagte: Friedliche Koexistenz sei für die Kommunisten nur eine andere Form ihres Kampfes zur Zerstörung des Kapitalismus. Sollte sich eines Tages das Gleichgewicht der Kräfte zugunsten des Kommunismus ändern, so werde die Koexistenzperiode wieder einer Politik der Gewalt Platz machen. — Solange diese Vorstellung vom kriegsdrohenden Kommunismus die «freien Nationen» beherrscht, ist an eine Überwindung des Kalten Krieges nicht zu denken.

2. *Kapitalismus und Imperialismus.* Gewiß: die kapitalistische Wirtschaft ist in steter Wandlung begriffen; sie steht sogar in einer tiefen inneren Dauerkrise und wird in ihrem äußeren Herrschaftsbereich immer mehr eingengt. Aber trotz den furchtbaren sittlichen und materiellen Schäden, die diese Wirtschaftsweise und die ihr entsprechende Gesellschaftsform angerichtet hat, haben wir es, wie Theodor Prager in seinem Buch «Wirtschaftswunder oder keines?» schreibt, «mit einem Kapitalismus zu tun, der in großen Bereichen seiner entwickelten Gebiete relativ klaglos funktioniert — oft mitsamt allen äußerlichen Attributen der bürgerlichen Demokratie . . . , ja mit einem Maß an Wohlstand und Sättigung, das noch vor zwei Jahrzehnten kaum vorstellbar schien.» Zugegeben auch, daß sich der Kapitalismus ohne die riesigen Aufträge für Kriegsrüstungen, die er erhält, schwerlich mehr halten könnte. Aber er kann sich immerhin auf diesen Krücken halten, zu denen er um so bereitwilliger greift, als — um

wieder mit Prager zu reden — «die Rüstung nicht nur Aufträge und Superprofite bringt, sondern auch . . . dem Gegner im Osten ein Maß von Rüstung aufdrängt, das den dortigen Aufbau nachhaltig erschwert und verzögert». Abrüsten heißt in dieser Sicht einfach in die Hände Moskaus und Pekings arbeiten. Das sagt man in der kapitalistischen Welt nicht immer offen, aber man *handelt* danach — gewiß auch im Jahr 1964.

3. *Die Not der unterentwickelten Völker.* Mit allen Hilfsprogrammen und «Allianzen für den Fortschritt», um die sich seit dem Marshallplan die kapitalistischen Staaten bemühen, sind sie nicht imstand, die Armut und das untermenschliche Elendsdasein der technisch und wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker entscheidend zu mildern. Sie leben ja von dieser Not, die sie nicht an der Wurzel fassen können, wenn sie nicht ihre Ausbeutungswirtschaft und Klassenherrschaft selbst untergraben wollen. Zum mindesten wird der Gegensatz zwischen den armen und den reichen Nationen nicht geringer, sondern größer. Im Jahre 1962 hatten die «fortgeschrittenen» Länder der Welt — Europa, Nordamerika und Kanada, Australien und Neuseeland, Südafrika und Japan — etwa 30 Prozent der Erdbevölkerung, aber mehr als 80 Prozent des Welteinkommens; der Rest der Welt mit 70 Prozent der Volkszahl hatte sich mit nicht einmal 20 Prozent des Gesamteinkommens zu begnügen. Und der Anteil der unterentwickelten Länder am Welteinkommen sinkt noch immer unaufhaltsam. (Vergleiche «Monthly Review», Oktober 1963, Seite 315 ff.) Solang dieser Zustand weiterdauert, solange in unserer Welt je zwei von drei Menschen vorzeitig sterben müssen, weil es ihnen am Lebensnotwendigsten mangelt, wird es keinen Frieden zwischen den Klassen und keinen Frieden zwischen den Völkern geben. Die Aufhebung der Not der «zurückgebliebenen» Rassen aber wird nur möglich sein durch eine radikale Umgestaltung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen im Sinn einer sozialistischen Gesamtplanung und Eigentumsordnung. «Die Westmächte», so warnt Lord Boyd Orr, der frühere Leiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, « . . . können den Versuch machen, den steigenden Wogen des Auf- ruhrs gegen die Armut mit Gewalt entgegenzutreten oder sich loszu- kaufen durch das Angebot technischer Hilfe und unbedeutender An- leihen mit politischen Bindungen, die doch bei der ersten Beanspru- chung zerreißen. In beiden Fällen werden die Westmächte schließlich vernichtet oder überflutet werden.»

Von Kennedy zu Johnson Im Lichte dieser ganzen Weltzu- stände sehen wir auch die wichtige- ren Ereignisse der Berichtszeit. Vor allem die Lage, wie sie sich aus der *Ermordung Präsident Kennedys* ergeben hat. Mit allen fühlenden Menschen nehmen wir teil an dem Entsetzen und der Trauer über das elende Verbrechen von Dallas, das der glänzenden Laufbahn John

F. Kennedys ein schreckliches Ende bereitet hat. Die persönliche Tragödie, die über den «mächtigsten Mann auf Erden» (wie er genannt worden ist) hereingebrochen ist, erscheint um so tiefer, als die Familie Kennedy ihren ganzen Ehrgeiz und Reichtum jahrelang planmäßig eingesetzt hat, um ihrem begabtesten Mitglied den Weg zur Präsidentschaft der Vereinigten Staaten zu ebnen, und ihr Ziel — sehr knapp freilich — auch tatsächlich erreichen konnte, nur um jetzt diese grausame Zertrümmerung all ihrer Hoffnungen und Wünsche zu erleben. Mehr als peinlich ist auch, daß der gewaltsame Tod des Präsidenten der USA, über dem noch so manches Geheimnis schwebt, «den Schleier weggerissen hat von einem der düstersten Aspekte der amerikanischen Szene, dem Bestehen einer Unterwelt, einer Neigung zur Gewalttat und einer fast krankhaften Sucht, alles an die Öffentlichkeit zu zerren», wie sogar die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 4872) feststellen muß . . .

Die große Frage ist aber nun: Was wird aus Amerika unter der Präsidentschaft *Lyndon B. Johnsons* werden? Wie werden sich unter dem neuen Staatsoberhaupt namentlich die Beziehungen der nordamerikanischen Union zu der übrigen Welt gestalten? Eine einigermaßen zuverlässige Antwort kann natürlich kein Mensch geben. Und auch wir müssen uns vorderhand mit der Kenntnisnahme von den dutzendfach wiederholten Versicherungen begnügen, daß sich mindestens an den Grundlinien der amerikanischen Außenpolitik nichts ändern werde. Das ist auch höchst wahrscheinlich. Johnson wird wie Kennedy der oberste Vertrauensmann der herrschenden Klasse der Vereinigten Staaten sein, die — von der großen Mehrheit des Volkes unterstützt — entschlossen ist, ihre Vorrechts- und Machtstellung gegenüber dem, was sie als kommunistische Angriffsdrohung bezeichnet, mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie wird zu diesem Ende, außer dem Einsatz ihrer gewaltigen Geldmacht, vor allem die militärischen Rüstungen höher und höher hinauftreiben und «nötigenfalls» auch vor offener Kriegführung mit Kernwaffen nicht zurückschrecken, so wenig Präsident Truman vor der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki und Präsident Kennedy vor der Drohung mit Waffengewalt in der Kubakrise zurückgeschreckt sind. Ob aber Mr. Johnson einen ebenso heilsamen Schauer wie sein Vorgänger vor dem Abgrund eines Atomkrieges empfunden hat, in den Regierungen und Völker jetzt gerade vor einem Jahr geblickt haben, steht keineswegs fest. Er gilt jedenfalls als Befürworter einer *noch* schärferen Tonart gegenüber Moskau und Peking, als Kennedy sie gebraucht hat, und wird durch die Furcht, von der Republikanischen Partei als «Beschwichtiger» angeprangert zu werden, im Blick auf die Präsidentschaftswahl vom Herbst 1964 erst recht zu einer «Politik der nationalen Tatkraft» angetrieben werden. Die mächtigen Scharfmacherkräfte, die aus Wirtschaft, Politik und Militär heraus auf die Regierung der USA wirken, werden diese Verumständung sicher nach Möglichkeit ausnützen.

Die *Innenpolitik* Kennedys auf der ganzen Linie fortzuführen, wird eher Schwierigkeiten bieten. Neben dem Schicksal der Vorlage über die rechtliche Gleichstellung der Neger mit den Weißen wird die Sorge der Regierung Johnson hier besonders der Entwicklung der *Wirtschaftskräfte* gelten. In einer seiner letzten Reden hat Präsident Kennedy zwar einen neuen Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft angekündigt, sofern sein Plan einer eingreifenden Steuersenkung durchdringe. Allein die verhältnismäßig rasche Erholung der Wirtschaft der USA von ihrem letzten Rückschlag, die fortschreitende Ausweitung des Außenhandels und die rekordhafte Steigerung der Unternehmerrgewinne, die für die großen Gesellschaften in den vergangenen anderthalb Jahren 20 Prozent erreicht haben soll — all das ist eben nur die glänzende Vorderseite des Bildes. Die düstere Kehrseite sind Erscheinungen, wie die dauernde Stockung der Produktion in bedeutenden Wirtschaftsabschnitten, die beunruhigende Freisetzung von Arbeitskräften durch Automation und Rationalisierung (ein Fachmann auf diesem Gebiet, der Großindustrielle John L. Snyder, schätzt ihre Zahl auf 40 000 in der Woche, über zwei Millionen im Jahr) und die anscheinend zunehmende Verbreiterung der Elendsgebiete in den Vereinigten Staaten, abgesehen noch von der seit Jahr und Tag offenbaren Armut der 65 Millionen Menschen (37 Prozent der Gesamtbevölkerung der USA), die unter dem amtlich errechneten Existenzminimum dahinleben. Die Arbeitslosigkeit scheint tatsächlich mit unheimlicher Gradlinigkeit fortzuschreiten. Ein in der «*Démocratie Nouvelle*» (Paris, Nr. 9/1963) angeführter amerikanischer Beobachter stellt nüchtern fest: «Die Zahl der offenen Stellen nimmt im Schnecken-tempo zu, kaum um 300 000 im Jahr, während der Umfang der verfügbaren Arbeitskräfte im Verhältnis von 1,3 Millionen jährlich anwächst. Das heißt, daß bis 1970 zu den jetzigen 4 Millionen Arbeitslosen etwa zehn neue Millionen hinzukommen werden.» (Andere Schätzungen nehmen schon für heute mehr als 6 Millionen Arbeitslose an.) Wird Präsident Johnson die dunklen Gefahren, die den Vereinigten Staaten aus dieser Lage drohen, wirklich meistern können? Es ist mehr als unwahrscheinlich. Die innere Zersetzung des amerikanischen Kapitalismus und Gesellschaftsbaus wird folgerichtig weitergehen und auch die übrigen Länder der «freien Welt» in Mitleidenschaft ziehen.

Kuba und Guayana Wie lang sich der amerikanische (und internationale) Kapitalismus wird ungebrochen halten können, das hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, wieweit es ihm gelingt, seinen geographischen Machtbereich zu behaupten, ja zu erweitern. Er muß ja, seiner inneren Gesetzmäßigkeit folgend, zuletzt Imperialismus und Kolonialismus sein — oder er wird nicht sein. Das ist nach Marx besonders von Rosa Luxemburg, Fritz Sternberg, Rudolf Hilferding und natürlich von Lenin und Trotzki sehr eindrücklich klargelegt worden. F. Sternberg — der in seinen

letzten Jahren freilich ziemlich anders dachte — hat noch 1947 in seinem Buch «The coming crisis» («Die kommende Krise», nämlich des Weltkapitalismus) auf die immer wichtiger gewordene Rolle der Vereinigten Staaten in der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus aufmerksam gemacht. «Die Täuschung», so schrieb er, «daß Amerika antiimperialistisch ist, sollte so bald als möglich zerstört werden, denn sie verwirrt nur die wirkliche Fragestellung. Die Vereinigten Staaten sind nicht gegen den Imperialismus, sondern nur gegen eine bestimmte Form des Imperialismus, die nicht mehr mit ihren heutigen Bedürfnissen in Einklang steht . . . Die imperialistische Politik der USA wird das ganze militärische, industrielle und finanzielle Gewicht des Landes in die Waagschale werfen, um die reaktionären oder im besten Fall ‚gemäßigten‘ kapitalistischen Kräfte in Europa zu stützen, damit sie den Angriffen der linksgerichteten fortschrittlichen Kräfte standhalten und dem Zug zum Sozialismus Einhalt gebieten oder ihn zum mindesten verlangsamten können.»

Das gilt heute erst recht — nicht nur für die Europapolitik der USA, sondern für ihre ganze Weltpolitik und gerade auch für die amerikanische Politik nach Kennedys Tod. Präsident Johnson hat sich beeilt, bei der ersten Gelegenheit zu versichern, daß er auf allen Fronten — «von Südvietnam bis Westberlin» — den Kampf seines Vorgängers fortsetzen werde. Von besonderer Wichtigkeit wird dabei *Lateinamerika* bleiben. Es bildet ja, wie man mit Recht gesagt hat, mit Kanada zusammen, das Kernstück des Weltreiches der USA. Die mittel- und südamerikanischen Länder sind wirtschaftlich in außerordentlich hohem Maße von den Vereinigten Staaten abhängig und darum auch politisch ihnen dienstbar. Für ihre Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sind sie weithin auf Absatz in Nordamerika angewiesen, das sie seinerseits mit Industriegütern und Anlagekapital beliefert. 80 Prozent des Auslandskapitals, das in Lateinamerika angelegt ist, stammt aus den USA. «Die Hauptfunktion der Regierung der Vereinigten Staaten», so stellt James Boggs in seinem hier schon früher erwähnten Buch «Die amerikanische Revolution» fest, «war der Schutz des Rechtes von Firmen wie United Fruit (Bananentrust. H. K.), die billigen Arbeitskräfte und reichen Naturschätze von Lateinamerika auszubeuten, antikommunistische und USA-freundliche Diktatoren wie Batista in Kuba und Trujillo in der Dominikanischen Republik an der Macht zu halten und die Besitzer riesiger Großgüter gegen eine Erhebung landwirtschaftlicher Arbeiter zu schützen.»

Die *kubanische Revolution* hat in dieses System eine Bresche geschlagen, die sich gefährlich zu erweitern und die ganze USA-Machtstellung in Lateinamerika zum Einsturz zu bringen droht. Darum die unversöhnliche Feindschaft der Vereinigten Staaten gegen das neue Regiment auf Kuba. Der umfassende militärische Angriff auf Kuba, zu dessen Verhinderung die sowjetischen Raketenstützpunkte auf der Insel bestimmt waren, hat zwar nicht stattgefunden; dafür setzt aber

die Washingtoner Regierung alle politischen und wirtschaftlichen Machtmittel ein, um Kuba einzukreisen, abzusperren und auf die Knie zu zwingen. Präsident Kennedy forderte noch in einer Rede, die er am 18. November in Bal Harbour (Florida) hielt, die kubanische Bevölkerung unverblümt auf, sich gegen das Regime Castro zu erheben. Es sei Tatsache, so erklärte er, daß «eine kleine Verschwörerbande» das kubanische Volk seiner Freiheit beraubt habe. «Dadurch wurde Kuba ein Opfer des ausländischen Imperialismus, ein Werkzeug der Politik anderer, eine Waffe, die von ausländischen Mächten gehandhabt wird, um die übrigen amerikanischen Republiken zu unterwühlen.» Die *wirklichen* Tatsachen werden hier einfach auf den Kopf gestellt!

Kann man sich aber wundern, daß die Vereinigten Staaten alles tun, um zu verhindern, daß *Britisch Guayana*, das Nachbarland Venezuelas an der Ostküste Südamerikas, zu einem «zweiten Kuba» wird? Seit zehn Jahren hat diese britische Kronkolonie, wie bekannt, eine sozialistische Regierung, die unter der Führung von Dr. Cheddi Jagan steht. In drei aufeinanderfolgenden allgemeinen Wahlen hat die hinter ihr stehende Fortschrittliche Volkspartei eine klare Mehrheit in der Volksvertretung gewonnen, auf Grund eines dem englischen sehr ähnlichen Wahlsystems. Aber die Wirtschaft Guayanas ist nach wie vor kolonial-kapitalistisch und weithin nicht nur von den bürgerlich-konservativen Kräften, die Großbritannien regieren, sondern nicht weniger von nordamerikanischen Geschäftsinteressen abhängig. Alle Versuche der Regierung Jagan, Entwicklungshilfe von England oder aus den Vereinigten Staaten zu erlangen, scheiterten vollkommen. Erst recht verweigert die britische Regierung, unterstützt von Washington, die Gewährung der Unabhängigkeit an Guayana, solange dort Sozialisten (und wie wenig radikale!) am Ruder seien.

Unfähig, Jagans Volkspartei gesetzmäßig, auf Grund eines Wahlsieges, aus der Regierung zu drängen, versuchten es ihre Gegner inzwischen mit «direkter Aktion» und mit der Aufhetzung der schwarzen Bevölkerung gegen den indischen Volksteil, zu dem Jagan gehört. Im Februar 1962 kam es zu schweren Ausschreitungen, mit Brandstiftungen, Verwüstung von Wohn- und Geschäftshäusern und anderen Gewalttätigkeiten. Im vergangenen Frühjahr folgte sodann ein von der Negerpartei Forbes Burnhams und vom Gewerkschaftskartell erklärter Generalstreik, der nie mehr als eine Minderheit der Arbeiterschaft erfaßte, aber von den Vereinigten Staaten aus finanziert wurde, von neuerlichen Unruhen begleitet war und der Wirtschaft Guayanas schweren Schaden zufügte. Der Streik dauerte elf Wochen und wurde erst am 6. Juli abgebrochen, ohne daß sein eigentliches Ziel, der Sturz der Regierung Jagan, erreicht worden wäre. Auch eine neue Verfassungskonferenz, die in London die Führer der guayanischen Parteien mit den Vertretern der britischen Regierung zusammenbrachte, verlief ergebnislos. Dr. Jagan machte zwar weitgehende Zugeständnisse an

seine Gegner, namentlich indem er eine Koalitionsregierung vorschlug, in der die Partei Burnhams mit fünf und die Volkspartei mit sechs Mitgliedern vertreten sein sollte. Der britische Kolonialminister Sandys lehnte auch diesen Kompromiß ab und bestand auf Neuwahlen gemäß einem neueinzuführenden Verhältniswahlssystem, von dem er den endlichen Sturz der sozialistischen Regierung erhofft. Von der Erklärung der Unabhängigkeit Guayanas soll vor den britischen und den amerikanischen Wahlen von 1964 keine Rede sein.

So stehen augenblicklich die Dinge. Ob eine britische Labourregierung bereit wäre, Guayana die politische Unabhängigkeit zu gewähren, auch ohne daß zuvor Jagan und seine sozialistischen Kollegen abtreten müßten, ist völlig unsicher. Entscheidend wird wahrscheinlich nach wie vor die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten sein, auf der westlichen Halbkugel kein Regime zu dulden, das nach Kuba einen neuen Einbruch in die Herrschaft des nordamerikanischen Kapitals über Mittel- und Südamerika bedeuten würde.*

Im Fernen Osten Neben Lateinamerika ist gegenwärtig der Hauptschauplatz des scharfen Kampfes der Vereinigten Staaten gegen die soziale Revolution der Ferne Osten. Der große Feind, den es hier niederzuwerfen gilt, ist das kommunistische *China*. Und alle Kräfte, die in Ost- und Südostasien bei der Erreichung dieses Zieles mitzuhelfen bereit sind, genießen die militärische und finanzielle Unterstützung der USA. Die Washingtoner Regierung steht vor allem fest hinter *Taiwan* (Tschiang Kai-scheks Formosa), das sich rühmt, im laufenden Jahr bereits 300 000 Sabotagehandlungen auf dem chinesischen Festland ausgeführt zu haben (geschützt durch die Siebente Flotte der Vereinigten Staaten, wie hinzugefügt werden muß). Taiwan, Südkorea und Südvietnam haben zwischen 1945 und 1961 allein 6361 Millionen Dollar (das sind rund 26 Milliarden Schweizer Franken) an USA-Hilfsgeldern erhalten, fast doppelt soviel wie alle lateinamerikanischen Staaten (mit ihren 200 Millionen Einwohnern) zusammen von Washington bezogen haben.

Und der Erfolg der amerikanischen Südostasienpolitik? *Südkorea* ist von inneren Wirren zerrissen und wirtschaftlich bankerott. Taiwan scheidet trotz allen Sabotageunternehmungen gegen die Volksrepublik China als selbständige, lebensfähige Streitmacht von vornherein aus. *Laos* ist den Vereinigten Staaten seit mindestens zwei Jahren verloren; es hält im besten Fall einen chinafreundlichen neutralen Kurs ein. *Kambodscha*, das bisher ebenfalls amerikanische Hilfsgelder bekommen hat, verzichtet darauf mit Wirkung vom 1. Januar 1964 an, gewitzigt durch den Zusammenbruch des Regimes Diem im benachbarten Südvietnam, und erklärt sich ehrlich neutral; sein bisheriger

* Unsere Leser seien auch an den aufschlußreichen Vortrag Dr. Jagans vor dem amerikanischen Presseklub in Washington erinnert, der unter dem Titel «Eine sozialistische Demokratie» im Juniheft 1962 der «Neuen Wege» enthalten ist.

Staatschef, Prinz Norodom Sihanouk, betont dabei aber, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, das chinesische Angebot, Kambodscha im Fall eines Angriffs militärisch und politisch unterstützen zu wollen, stelle den Beweis dafür dar, «daß China der beste Freund seines Landes sei» . . .

Wie weit die Vereinigten Staaten in *Südvietnam* mit ihrem Krieg gegen den Kommunismus (oder was sie so heißen) kommen werden, muß sich erst noch zeigen. Bis jetzt hat man nichts davon gehört, daß die Beseitigung des Regimes Diem ihrem Kampf gegen die Aufständischen eine günstige Wendung gegeben hätte. Trotz ihrer gewaltigen Übermacht (300 000 Mann Regierungstruppen und etwa 14 000 Amerikaner) haben die «Ordnungskräfte» den vielleicht 20 000 Kämpfer zählenden Rebellen keinen wesentlichen Abbruch tun können. Und wenn es stimmt, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres nicht weniger als 32 000 Soldaten der Regierungsarmee zu den Vietcong-Kräften übergelaufen sind, so wirft das vollends ein scharfes Licht auf die «Volkstümlichkeit» der Sache, für die sich die Jugend Südvietnams zu opfern gezwungen wird. Denn daß die neuen Machthaber in Saigon etwa mehr Rückhalt im Volk hätten als die früheren, davon ist keine Rede. Südvietnam steht — wie Südkorea — unter einer regelrechten Militärdiktatur, deren einzige Stütze das amerikanische Armeekorps ist; ihre Träger sind Offiziere, die sozusagen alle aus amerikanischen Militärschulen hervorgegangen sind, während ihr ziviler Vertrauensmann, Vizepräsident Nguyen Ngoc Tho, ein gesinnungsloser Routinier ist, der den Franzosen, den Japanern und der Regierung Diem ebenso treu gedient hat, wie er jetzt den Amerikanern dient.

Es ist nur zu verständlich, daß *diese* «Freiheitskämpfer» im südvietnamesischen Volk wenig Zutrauen finden, und daß offenbar die Bewegung für die Abschüttelung jeder ausländischen Bevormundung unter der Führung der (freilich kommunistenfreundlichen) Nationalen Befreiungsfront immer mehr um sich greift. Ein neutrales, aber mit Nordvietnam und China freundschaftlich verbundenes Südvietnam scheint tatsächlich im Werden begriffen zu sein. Schon im vergangenen Sommer erklärte ein Vertreter der Nationalen Befreiungsfront einem Mitarbeiter des Pariser «Monde», Georges Chaffard: «Keiner von uns kann ein Verhältnis der Abhängigkeit vom Norden (Vietnams) annehmen . . . Wir kennen die Schwierigkeiten unserer Landsleute im Norden, und wir haben auch das Beispiel der Staaten im Schwarzen Afrika studiert. Aber es ist keine Rede davon, daß wir wünschen, planmäßig eine Volksdemokratie im Süden aufzurichten.» Die Absicht ist vielmehr, ein volkstümliches, aber unabhängiges Südvietnam zu schaffen, das in Nordvietnam seine willkommene wirtschaftliche Ergänzung fände und Kohle und Industrieerzeugnisse aus dem Norden gegen seinen eigenen Reis eintauschen könnte. Auch für Peking wäre ein solches Verhältnis nicht nur annehmbar, sondern erwünscht.

China – Japan

Warum wollen sich aber die Vereinigten Staaten nicht mit einem neutralen Vietnam abfinden? I. F. Stone antwortet in seinem «Bi-Weekly» (Washington, 28. Oktober) zutreffend: Weil sie unglücklicherweise *zweierlei Grundhaltungen gegenüber kommunistischen Staaten* haben. «In Osteuropa scheinen wir die Politik der ‚Eindämmung‘ (containment) zugunsten einer solchen der Versöhnung aufgegeben zu haben . . . Im Fernen Osten aber, wie in unseren Beziehungen zu Kuba, halten wir immer noch an der älteren Ansicht fest, daß die einzige Art, mit einer revolutionären Bewegung zu verkehren, darin bestehe, alles in unserer Macht liegende zu tun, um sie auszuhungern. Würden wir Ostasien so wie Osteuropa behandeln, so würden wir uns Mühe geben, die Meinungsverschiedenheiten zwischen China und Rußland zu erforschen, ebenso diejenigen zwischen Nordvietnam und China, um einen Ansatzpunkt für die Beendigung des kostspieligen Aufstandes in Südvietnam zu gewinnen. Aber wir halten eben China und Nordvietnam, wie in den zwanziger Jahren Rußland, für unberührbare Regierungsformen . . . Erst seit dem 20. Parteitag (der KP der Sowjetunion) und den Aufständen, zu denen er in Ungarn und Polen führte, begannen wir verspätet zu merken, was in der Sowjetwelt vor sich ging. So ist auch die Entspannungspolitik der letzten Monate großenteils in Moskau gemacht worden, und unser andauerndes Festsitzen im Fernen Osten trägt gleichfalls die Marke ‚Made in Moscow‘. Denn der Streit zwischen den beiden machthabenden Bürokratien Chinas und Rußlands hat die zweite veranlaßt, die Isolierung Chinas zu erstreben. Die russische Politik und die uns von unseren China-Scharfmachern aufgedrängte Politik trafen zusammen.»

Aus dieser Sackgasse, so meint Stone, müßten die Vereinigten Staaten herauskommen. «Es sollte nunmehr doch klar sein, daß die Probleme, die in den Nachbargebieten Chinas entstehen, ebensowenig ohne China gelöst werden können, als die Probleme im karibischen Raum ohne die Vereinigten Staaten gelöst werden können . . . Um den Koreakrieg zu beenden, mußten wir mit China verhandeln. Der Westen mußte mit China verhandeln, um den Konflikt um Laos beizulegen. Und es werden wiederum Verhandlungen mit China nötig sein, um dem Krieg in Südvietnam ein Ende zu machen.»

Gerade davon — stellt der amerikanische Journalist fest — will man aber in Washington nichts wissen. «Kennedy kann es sich nicht leisten, nächstes Jahr in den Wahlkampf zu treten und das Geschrei der Republikaner gegen sich zu haben, daß wir unter den Demokraten Vietnam ‚verloren‘ hätten, sei es durch einen Rückzug oder durch Verhandlungen.» Das war vor Kennedys Tod geschrieben. Glaubt jemand, daß Mr. Johnson einsichtiger und tapferer sein wird? Er wird den schmutzigen Krieg in Vietnam im Namen der Freiheit tatkräftig fortführen lassen, um seine Aussicht, im November 1964 als Präsident gewählt zu werden, nicht von vornherein zu verbauen . . .

In seinem Kampf gegen das «rote» China und die soziale Revolution in Ostasien überhaupt hat Amerika weiterhin eine Hauptstütze an Japan, das es im Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der Atombombe niedergeworfen hat. Genauer gesagt: an dem konservativen und kapitalistischen Japan mit seiner militaristisch-feudalen Überlieferung. Denn es gibt ja auch noch ein anderes Japan, das mehr oder weniger sozialistische und pazifistische Japan, das leidenschaftlich gegen alle Kriegsrüstungen und gegen das auf Kernwaffen gegründete Bündnis mit den Vereinigten Staaten kämpft. Wie stark dieses andere Japan ist, hinter dem Arbeiter und Angestellte, Studenten und Angehörige der intellektuellen und freien Berufe stehen, hat man noch vor wenigen Jahren handgreiflich sehen können, als eine machtvolle radikale Friedensbewegung durch das Volk ging, die es neben anderem fertig brachte, daß Präsident Eisenhower seinen Besuch in Japan absagen mußte. Um so auffallender ist es, daß Pazifismus und Sozialismus, so lebendig sie in breiten Volksschichten bleiben, gegenwärtig auf die japanische Politik keinerlei maßgebenden Einfluß ausüben. Die jüngsten Wahlen zum Reichstag haben der «liberaldemokratischen» Regierungspartei aufs neue die beherrschende Stellung gesichert und der Linken im Ganzen nur unbedeutende Fortschritte gebracht. Ministerpräsident Ikeda hat darum anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Präsident Kennedy in Washington alle Vermutungen zurückweisen können, die über eine «Überprüfung» der japanisch-amerikanischen Beziehungen geäußert wurden. Für die Sicherheit im Fernen Osten (vor dem sozialen Umsturz), so betonte er, sei ein starkes, gefestigtes Japan von größter Bedeutung; die Interessen Japans stimmten in dieser Hinsicht mit den amerikanischen Hoffnungen und Vorstellungen völlig überein.

Daß sich die Träger der kapitalistisch-nationalistischen Gesellschaftsverfassung auch in Japan so sicher fühlen, hat ähnliche Gründe wie die entsprechende Sachlage im Westen. Die japanische Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen neuen kräftigen Aufschwung erlebt. Ihre Gesamterzeugung wächst um durchschnittlich 10 Prozent jährlich — doppelt so schnell wie diejenige der meisten westlichen Länder. In der Stahlproduktion hat Japan jetzt Frankreich und Großbritannien überflügelt; im Schiffsbau und in der Elektronik ist es führend in der Welt. Die Lebenshaltung auch des einfachen Volkes hat sich trotz steigenden Preisen sichtlich gehoben — kurz, die Gründe, eine andere, eine sozialistische Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erstreben, haben angesichts des augenscheinlichen Erfolges der bestehenden Wirtschaftsweise im Bewußtsein der «unteren» Klassen zum mindesten keine Stärkung erfahren. Dazu kommt, daß von den Berufstätigen in Japan nur 52 Prozent Lohnempfänger sind, gegen beispielsweise 87 Prozent in Großbritannien und 77 Prozent in Westdeutschland, und die Zahl der selbständig Erwerbenden wie diejenige der in Familienbetrieben Beschäftigten weitaus höher ist als in westlichen Ländern. Bezeichnend für Japan ist namentlich auch, daß seine Land-

wirtschaft und Fischerei immer noch 35 Prozent aller Erwerbstätigen erfaßt, gegen 8,6 Prozent in den Vereinigten Staaten und 4,4 Prozent in Großbritannien. (Vergleiche dazu Asahi Okura in der «Freien Gewerkschaftswelt», Brüssel, Oktoberheft.)

Man kann aber vollkommen sicher sein, daß auch in Japan die Spätblüte des Kapitalismus nicht von Dauer sein wird. Die auflösenden Kräfte im Schoße der «freien» Wirtschaft (die in Japan mehr als anderswo die großen Monopole und Truste obenauf gebracht hat) üben auch hier ihre unaufhaltsame, wenn auch nicht immer deutlich sichtbare Wirkung aus. Und die sozialen Mißstände, die das «Wirtschaftswunder» erzeugt, sind schon heute wahrhaftig schlimm genug. Die Löhne stehen, besonders in den mittleren und kleinen Betrieben, meist ungewöhnlich tief. «Millionen von Bauern», so schreibt Richard West im «New Statesman» (27. November), «sind in den industriellen Massensiedlungen zusammengepfercht, wo sie in baufälligen, flüchtig zurechtgezimmerten Holzhütten bei magerer Reis- und Gemüsekost als Gelegenheitstagelöhner hausen. Wege, Wasserleitungen und Wohnungen sind in ganz Japan abscheulich. Auch Arbeiter, die das Glück haben, einer starken Gewerkschaft anzugehören, stellen fest, daß ihre Lohnerhöhungen schnell von den ständig steigenden Preisen aufgezehrt werden.» Nehmen wir dazu den zunehmenden Bevölkerungsdruck — Japan hat zwei Drittel der Größe Frankreichs, wird aber in wenigen Jahren 100 Millionen Menschen ernähren müssen — und die immer mehr spürbaren Schwierigkeiten für den Absatz japanischer Waren in der nichtkommunistischen Welt, so wird man sagen dürfen, daß die friedliche Koexistenz mit dem neuen China für Japan zusehends wichtiger wird als die politische und wirtschaftliche Bindung an ein Amerika, dessen gegenwärtige Politik Ostasien nicht zu Frieden und Wohlstand kommen läßt. Natur und Kultur weisen Japan auf die Länge ebenso unabweisbar auf das asiatische Festland hin wie Politik und Wirtschaft.

Irak - Griechenland Werfen wir aber auch noch einen Blick auf die jüngsten Ereignisse in *Vorderasien*, das kein weniger gefährlicher Unruheherd ist als der Ferne Osten. Am bemerkenswertesten war hier der neue Staatsstreich im *Irak*. Das despotische Königstum wurde, wie man sich erinnert, im Jahr 1958 gestürzt und durch ein vorgeblich revolutionäres Regime unter Präsident Kassem ersetzt. Dieses wurde dann seinerseits im Februar dieses Jahres durch einen Militärputsch unter Führung des Obersten Aref weggefegt, der nun im November abermals — wenn auch viel weniger blutig — die Nutznießer der Staatsmacht gewaltsam beseitigte und eine förmliche Militärdiktatur aufrichtete. Er scheint immerhin seine weiterzielenden Absichten nicht verwirklicht zu haben, muß er sich doch mit dem bisherigen Ministerpräsidenten in die Staatspräsidentschaft teilen und neben sich eine Gruppe von Offizieren und ge-

mäßigsten Politikern der Baath-Partei dulden, die ihn als Werkzeug für ihre Pläne zu benützen suchen. Der radikalere, betont nationalistische Flügel der Baath-Partei ist jedenfalls ausgeschaltet — vorläufig wenigstens; denn daß der Irak irgendwie sein politisches und soziales Gleichgewicht gefunden hätte, davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Sozialismus und arabische Einigung, diese beiden Losungen, die jede politische Bewegung nicht allein im Irak, sondern auch in den anderen «fortgeschrittenen» Ländern arabischer Kultur auf ihre Fahnen geschrieben hat, werden solange bloße Schlagworte bleiben, als die wirtschaftliche, die technische, die geistige und gesellschaftliche Rückständigkeit des Landes nicht durch sehr tief eingreifende Reformen überwunden wird. Und das braucht nicht nur Jahre, sondern wahrscheinlich Jahrzehnte planmäßiger Arbeit, unterstützt von auswärtiger Hilfe und verbunden mit der Abschüttelung von Fremdherrschaft jeder Art und kapitalistischer Ausbeutung der reichen irakischen Ölquellen durch westliche Großunternehmungen.

Die Einkünfte, die der irakische Staat aus dem Ölgeschäft bezieht, fließen eben vorzugsweise in die Kassen einer dünnen, habgierigen Oberschicht; die Masse des gewöhnlichen Volkes lebt in untermenschlicher Armut und Hilflosigkeit. Schmutz und Unterernährung erzeugen verheerende Volkskrankheiten und höchste Sterblichkeitsraten. Die Gesundheitsfürsorge liegt trotz ärztlicher «Entwicklungshilfe» aus dem Westen schwer im Argen; auf 5000 Menschen entfällt kaum ein Arzt, wobei zudem noch die Großzahl der Ärzte in Bagdad tätig ist, die 8000 Dörfer aber fast ohne gesundheitliche Betreuung sind. Mit der Schulbildung steht es nicht besser; 85 Prozent der Bevölkerung können weder lesen noch schreiben, und höhere Bildung steht nur den Begüterten offen. An Plänen für die Modernisierung der Landwirtschaft, für großzügige Bewässerung des Bodens und für die Einführung von Industrien fehlt es nicht — aber woher soll das dafür nötige Anlagekapital kommen, wenn die erste Frage immer ist: Wie rentiert es dem privaten Geldgeber? Und ähnlich ist im Grund die Lage im ganzen Mittleren Osten, abgesehen natürlich von *Israel*, das sich gerade darum der tödlichen Feindschaft seiner rückständigen Nachbarn erfreut, weil es zeigt, was aus einem heruntergekommenen orientalischen Land werden kann, wenn seine Wiederaufrichtung und Erschließung als *Gemeinwerk*, mit Verstand und Tatkraft, an die Hand genommen wird . . .

Aber wir haben ja auch im alten Europa noch unterentwickelte Länder und Gegenden. Zu ihnen gehört nicht zuletzt *Griechenland*. Die Wahlen zur Volksvertretung, die anfangs November vorgenommen wurden, haben zwar die besonders verderbte und reaktionäre Regierung der sogenannten Nationalradikalen Union (unter Karamanlis) in Minderheit versetzt und die bürgerlich-liberale Zentrumsunion, mit Papandreou als Führer, an die Macht gebracht, obwohl auch sie für sich allein keine Mehrheit in der Kammer hat. Aber es ist schwer

zu glauben, daß Griechenland nun aus dem Zustand von Volksarmut und wirtschaftlicher Zurückgebliebenheit herausgehoben werde, in dem es sich dauernd befindet, gleichgültig, welche Gruppe des wohlhabenden Bürgertums gerade an der Regierung ist. Besonders in den ländlichen Gebieten und auf den Inseln schreit die Armut des Volkes zum Himmel. Ein Monateinkommen von 50 Franken nach unserem Geld ist dort eher die Ausnahme; Gesundheitsfürsorge und Schulbildung sind weithin kaum besser als in den rückständigsten Ländern Asiens. Soziale Sicherheit und Wohlfahrtsstaat sind ohnehin unbekannte Begriffe. Und von einer dem Übel einigermaßen an die Wurzel greifenden Volksbewegung ist wenig zu spüren; die Union der Demokratischen Linken (EDA), die mehr oder weniger kommunistisch ausgerichtet ist, hat von den 300 Parlamentssitzen nur deren 28 inne. Die mit britisch-amerikanischer Hilfe erfolgte Niederwerfung der griechischen Volkserhebung am Ende des Zweiten Weltkrieges und kurz darauf hat ganze Arbeit gemacht und die solide Grundlage für das Polizeiregiment geschaffen, das seither jeden ernsthaften Widerstand gegen die Herrschaft der grundbesitzenden und Handel treibenden Oberklasse erstickt.

Unsere Hilfe So sind wir bei unserem Überblick über die Zeitereignisse auch diesmal wieder auf die zu Anfang genannten Grundtatsachen gestoßen: den Kalten Krieg, den Kapitalismus und die Not der unterentwickelten Völker. Sie aus der Welt zu schaffen, bemühen sich mächtige Kräfte, die in allen Völkern aufgebrochen sind: Sozialismus und Kommunismus, Pazifismus und Antimilitarismus, um nur sie zu erwähnen. Und da erinnert uns nun die Weihnacht wieder daran, daß es noch eine andere, stärkere Kraft gibt, die als Licht und Rettung in die Welt gekommen ist: die Kraft, die verkörpert ist in Jesus dem Christus und der Bewegung, die noch heute seinen Namen trägt. Seinen *Namen* freilich nur; seinen *Geist* verleugnet sie. Das bringt uns das neue Buch unseres Freundes *Emil Fuchs* in Leipzig, des bald neunzigjährigen Unermüdlichen, wieder besonders eindringlich zum Bewußtsein: «*Die Christenheit am Scheidewege*» (Union-Verlag Berlin). Gerade *die* Staaten, so stellt er fest, die von sogenannten christlichen Staatsmännern regiert werden, verzichten darauf, unsere Welt aus dem Geiste der christlichen Botschaft umzugestalten. «In ihnen allen herrschen gesellschaftliche Zustände, die dem Evangelium widersprechen und dennoch von den Herrschern mit all ihrer Macht geschützt werden . . . Die Kirchen der sogenannten christlichen Staaten hingegen suchen ihre Existenz wesentlich dadurch zu erhalten, daß sie in jeder Weise die Gunst des Staates suchen, auch um den Preis ihrer geistigen Selbständigkeit.» Tatsache sei, daß für die meisten «Christen» ihr Glaube in den Entscheidungen des Lebens nichts bedeute und nur noch ein altgewohnter Schmuck des Lebens und eine kümmerlich gewordene Tröstung für das Sterben sei. Was

wunder also, wenn auch die Anhänger der Reform- und Revolutionsbewegungen sich der großen Mehrheit der Menschen in allen «christlichen» Ländern zugesellen, die ohne Gott leben!

Und doch haben vorab die Marxisten den Ruf Gottes an die heutige Menschheit besser gehört als die Christen. Die marxistische Bewegung hat, wie Fuchs aufs neue den Christen ins Gewissen ruft, «da, wo sie Einfluß gewann, eine menschlich wertvolle neue Form der Zusammenarbeit geschaffen und sucht leidenschaftlich und zäh die Menschen zur Verantwortung für einander und für das Ganze zu bilden. Sie hat dabei Völker in Asien aus dem Zustand völliger Kulturlosigkeit oder hilfloser Tyrannei aufgerüttelt, in Arbeit und Bildungshöhen hineingehoben, die erstaunlich sind. Sie hat eine Kultur geschaffen, die die christliche Mission, gehemmt durch den Kapitalismus und Kolonialismus, so nie schaffen konnte. Das Gestalten von außen, von der Wirtschaftsstruktur her, hat sich als eine so wirksame Macht erwiesen, wie wir sie vor 50 Jahren nicht für möglich gehalten hätten.»

Welch schwere Anklage gegen die Christenheit! Aber auch welche ernste Mahnung, gutzumachen, was noch möglich ist, und an der Schaffung einer neuen Welt mitzuarbeiten, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen! «Hier», so sagt Fuchs, «ist der gesamten Christenheit der westlichen Welt die Frage vorgelegt, wie weit sie Grundlagen schaffen kann, die denen des Marxismus gleichkommen, womöglich sie überbieten . . . Gemeinsam ist uns das Werk vor die Füße gelegt, das in diesem Augenblick für jeden Menschen — und damit für jeden Christen — das erste ist: die Herstellung und dauernde Festigung des Friedens, die Überwindung des Kalten Krieges mit seiner Angst und seinem Mißtrauen und das Zusammenführen der Getrennten . . . Es ist der Herr, der uns dazu ruft und stärkt, sowohl in der Arbeit bei den Christen wie bei den Marxisten. Indem wir die Christenheit zu ihm zurückrufen und uns selbst immer neu ihm hingeben und von ihm ergreifen lassen, gewinnen wir die Kraft und Zuversicht, daß auch das Geschehen in der marxistischen Welt unter seiner Macht steht und seine Macht weckend das Ihre tun wird . . . Wir wissen, daß der Christenheit die entscheidenden Kräfte anvertraut sind, der Welt Vergebung, Versöhnung und Frieden zu bringen.»

Und Emil Fuchs schließt: «Uns ist die Frage gestellt, ob nun jene Umwandlung aufbricht, in der wir die Macht des lebendigen Jesus ergreifen, die die Welt neu gestalten kann. Die Christenheit steht am Scheidewege.» Möchte sie doch erkennen, daß sie sich entscheiden muß, daß sie mit der Botschaft Jesu auch im Volks- und Völkerleben Ernst machen muß, wenn sie überhaupt noch eine gesellschaftsbildende Kraft sein will!

2. Dezember.

Hugo Kramer